

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.  
Verleger: Hermann Schmidt.  
Für die Redaktion: 25 241.  
Für die Druckerei: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Dezember 1923 des tagl. wöchentlichen Auslasses (von Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Dezember 3 Mark. Einzelnummern 10 Pfennig.)  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg. außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Anzeigenzeile 150 Pfg. außerhalb 200 Pfg. Oberenrand 10 Pfg. Ausw. Aufsätze gegen Bezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Martenstraße 38/42.  
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.  
Pollichsch-Antis 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltlich Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Roch gibt seinen Auftrag zurück.

### Die Erklärungen der Parteien in der entscheidenden Führerbesprechung.

Wahrscheinliche Erhöhung des Zahlungsmittelumsatzes. — Drohende Sprache des „Petit Parisien“ gegen die Türkei.

#### Roch bei Hindenburg.

Berlin, 17. Dez. Der Reichsminister a. D. Roch berichtete heute vormittag 11 Uhr dem Reichspräsidenten über seine Verhandlungen, aus denen sich ergeben habe, daß die Große Koalition zurzeit nicht möglich sei, und gab deshalb dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung wieder zurück. Der Reichspräsident dankte dem Abgeordneten Roch für seine mühevollen Arbeit, die, wenn sie auch kein positives Ergebnis hatte, doch wesentlich zur Klärung der politischen Lage beigetragen habe. (W.Z.)

#### Die abschließende Besprechung.

Berlin, 17. Dez. Die heutige Parteiführerbesprechung unter Vorsitz des Abg. Roch war nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Komunique ausgedrückt:

In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abg. Müller-Franken (Soz.) folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abg. Roch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das eifrigste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelnde Entgegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in den sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zu dem Programm des Abg. Roch hat die Deutsche Volkspartei jede klare Stellungnahme verweigert. Die Fraktion kann in der Formulierung, die sie auf Grund der Besprechungen der Parteien neuerdings vorgelegt hat, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken.

Das Zentrum erklärte, daß es sich auf den Boden der Richtlinien gestellt habe. Die Deutsche Volkspartei erklärte gleichfalls, daß sie zwar an einigen Stellen Bedenken zu erheben habe, sich trotzdem aber auf den Boden der Richtlinien stellen könnte. Diefelbe Erklärung wie das Zentrum gab die Demokratische Partei ab. Der Abg. Reich erklärte für die Deutsche Volkspartei, daß sie von einer endgültigen Stellungnahme absehe.

Der Abg. Roch stellte daraufhin fest, daß die Bemühungen um die Errichtung einer Großen Koalition gescheitert seien. Er wird seinen Auftrag alsbald dem Reichspräsidenten zurückgeben. Wie wir erfahren, befindet sich Abg. Roch zurzeit beim Reichspräsidenten.

#### Was nun?

Berlin, 17. Dez. Reichspräsident v. Hindenburg hat sich seine Entscheidung in der Frage der Kabinettsbildung vorbehalten. Es gilt als wahrscheinlich, daß er erst nochmals die Parteiführer empfangen wird, um sich direkt von

ihnen unterrichten zu lassen. Angesichts des bevorstehenden Weihnachtstages rechnet man mit einer Vertagung der Verhandlungen bis nach Neujahr.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird im Hinblick an den Abbruch der Verhandlungen eine Erklärung veröffentlichen, die in anerkennenden Worten zum Ausdruck bringen wird, daß die Partei den Abg. Roch für eine sehr accepanete Persönlichkeit zur Bildung der Regierung nach wie vor anerkenne. Die Schwierigkeiten, an denen die Verhandlungen gescheitert wären, hätten auf Seiten der Deutschen Volkspartei gelegen.

Trotz der Entscheidung der Sozialdemokratie in der Hauptsache die Furcht vor der Übernahme der Verantwortung und der Wunsch, weitestgehende Abstriche zur Notation zu behalten, anzurunde liegt, war schon heute morgen klargestellt worden. Diese Tatsache läßt sich auch dadurch nicht verschleiern, daß die sozialistische Fraktion die Schuld an dem Mißlingen der Kabinettsbildungsversuche Rochs der Volkspartei ausschließlich in die Schuhe zu schieben. Im übrigen aber Herrn Roch die verunsicherte Kabinettsbildung durch eine Sympathieerklärung zu verfallen verweigert.

#### Abbau des Reichsernährungsministeriums geplant?

Berlin, 17. Dez. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß bei den schwebenden Koalitionsplänen auch der Gedanke eine Rolle gespielt habe, dem Wirtschaftsministerium und dem Reichsernährungsministerium eine gemeinsame Spitze zu geben, was praktisch gleichbedeutend sein würde, das Reichsernährungsministerium in ein allgemeines Wirtschaftsministerium einzuschmelzen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß bisher nur zwei Vertreter der Industrie zu dieser Frage gehört worden seien, aber kein einziger Vertreter der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft könne in der gegenwärtigen schweren Krise auf eine selbständige Vertretung ihrer Lebensinteressen im Reichskabinettsrat nicht verzichten, sondern müßte derartige Pläne mit rücksichtsloser Entschiedenheit bekämpfen.

#### Der Reichstag geht in die Ferien.

Berlin, 17. Dez. Der Reichstagsrat des Reichstags beschloß heute die letzte Sitzung vor Weihnachten abzubrechen, da keine Aussicht bestehe, daß in den nächsten zwei Tagen noch eine Regierungserklärung erfolgen könne. Am 12. Januar nächsten Jahres wird der Reichstag seine Arbeiten wieder aufnehmen, sofern nicht ein früherer Termin notwendig wird, wenn etwa eine neu gebildete Regierung ihre Regierungserklärung schon früher abgeben könnte.

Oberstein-Adar, 17. Dez. Der Redakteur des „Baumholder Stadt- und Landboten“, Wolf, wurde von dem französischen Militärpolizeigericht in Mainz zu 15 Tagen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe wegen Abdrucks eines Artikels über die französische Fremdenlegation verurteilt.

## Das Urteil der Berliner Parteipresse.

Berlin, 17. Dez. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Rochs Kreise werden von seinen eigenen Freunden gestört. Den Sozialdemokraten genüge die Zusage nicht, die er ihnen machen will, denn seine ganzen Richtlinien tendieren so stark nach links, daß man sich überhaupt bezüglich der Zustimmung an die Deutsche Volkspartei, darauf einzugehen, wundern muß. Roch hat offenbar nur versucht, die sozialdemokratischen Fraktionen etwas zu misblen, zu verschleiern, mit dem Augenmerk auf natürlich, das besagt, wenn wir nahher zu Hause sind, wird sich schon alles finden. Die Deutsche Volkspartei sollte sich schonend auch damit trösten, und so wollte Herr Roch als Rangler in die Wilhelmstraße ziehen, eine innerlich unzeitige Koalition hinter sich, damit seinen und den Parteiführern des Zentrums Genüge geschah. Diesen billigen Triumph gönnten ihm die Sozialdemokraten nicht, und so machen sie Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Die Sozialdemokraten wollen nicht, sie können nicht, denn von all überall her aus dem Lande wird die Große Koalition abgelehnt. Die Sozialdemokratie hat ja von vornherein gewarnt und kein Hehl aus ihrem Mißvergnügen, ihrer Abneigung, ihrer Verantwortungsduldung und ihrem Strakenagationswillen gemacht.

Die „Vorsenzeitung“ urteilt: Die Sozialdemokraten denken eben nicht daran, sich unter die Führung des Zentrums und der Volkspartei zu begeben, sondern wollen selber befehlen oder, wenn sie das nicht können, lieber mit den Kommunisten um die Wette für ihre Partei agieren.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint: Das Verhalten der Sozialdemokratie beweist von neuem, daß es ihnen nicht auf sachliche Arbeit ankommt, sondern lediglich darauf, das Zustandekommen der Koalition zu sabotieren. — Der „Sozialanzeiger“ urteilt, die Verhandlungen seien gescheitert, weil die Hauptbedingung für die Zusammenschließung einer Einheitsfront von Stresemann bis Scheidemann ein aufrichtiges und vorbehaltloses Vertrauensverhältnis zu den vier oder fünf oder sechs Parteien von vornherein überhaupt nicht vorhanden wäre.

Die Große Koalition ist gescheitert, klagt das Zentrum, organ, die „Germania“, gescheitert, weil Verantwortungs-

losigkeit, gepaart mit doktrinarer Befangenheit, wieder einmal den gesunden Menschenverstand ausgeschlagen haben. Niemals hätten die Verhältnisse klarer und eindeutiger auf den Zusammenstoß der Parteien der Großen Koalition hingewiesen als diesmal. Die Voraussetzungen dazu wären gegeben gewesen, wenn der gute Wille nicht gescheit hätte. Die Hauptursache an dem Scheitern der Verhandlungen traue die Sozialdemokratie. Ihr Widerstand gegen die einzig mögliche Regierungsbildung sei ein Schlag gegen die Republik und das parlamentarische System. Daß die Deutsche Volkspartei mit Begeisterung bei den Verhandlungen über die Große Koalition gewesen sei, könne man gewiß nicht behaupten, aber ihre Führer hätten sich besonders bemüht, dem Versuch eines Ausgleiches keinen Widerstand entgegenzusetzen. Die kommende Regierung werde entweder ein Kabinettsrat mit rechtsgerichteter Einschlag sein — dann möge man sich bei den Sozialdemokraten bedanken — oder ein politisch weniger abgekempftes Kabinettsrat, das dann nur noch mit hilflosweicher Distanz der Sozialdemokraten regieren könne, allerdings wie lange? Und was dann?

Auch die „Voll. Ztg.“ bedauert es, daß die Sozialdemokratie in einem entscheidenden Augenblick nicht den Mut gefunden habe, über Parteibedenken und Mißtrauen hinweg zu tun, was ein Gebot der Notwendigkeit und der staatspolitischen Klugheit gewesen wäre.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schreibt, eine Einigung über ein gemeinsames Programm wäre wahrscheinlich leicht gewesen, wenn die Verhandlungen nur zwischen den Sozialdemokraten einerseits und Herrn Roch und den ihm Gleichgesinnten andererseits zu führen gewesen wäre. Sie waren unmöglich, weil sie zugleich auch mit Parteien geführt werden mußten, denen die Sozialdemokratische Partei mit hartem Mißtrauen gegenübersteht. Das sozialdemokratische Programm bliebe der Maßstab, den die Sozialdemokratie an die Politik der künftigen Regierung anlegen werde. Das Votum rechnet mit der Auflösung des Reichstages, in welchem Falle die Partei mit diesem Programm in den Wahlkampf ziehen werde.

#### Die Richtlinien Rochs.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 17. Dez. Die Richtlinien des Abg. Roch, die die Grundlage der Parteiführerbesprechungen der letzten Tage bildeten, haben folgenden Inhalt. Bei der Abfassung der nachstehenden Richtlinien ist davon ausgegangen, daß eine Wehrheitsregierung für Deutschland eine unumgängliche Notwendigkeit ist, wenn es gelingen soll, die auswärtige Politik in dem bisherigen Rahmen erfolgreich weiterzuführen und Deutschland über die wirtschaftlichen Nöte der kommenden Zeit hinwegzuhelfen. Eine Wehrheitsregierung ist aber ohne weitgehende Kompromisse unmöglich. Manche der folgenden Forderungen mögen bedenklich oder unzureichend erscheinen, unerträglich sind sie nicht. Sie sind erträglicher als das Experimentieren mit einer Minderheitsregierung. Die Zusammensetzung des Kabinetts muß dafür bürgen, daß die Richtlinien in einer mittleren Linie durchgeführt werden. In derselben Linie wird auch an die Bearbeitung derjenigen Fragen heranzugreifen sein, die noch zu wenig geklärt sind, um hier aufgenommen zu sein. Die Richtlinien lauten:

1. Sicherung und Festigung der Verfassung und der Republik. Kampf gegen alle verfassungsfeindlichen Elemente. (Anm.: Es ist selbstverständlich nicht daran gedacht, Anträge auf Abänderung einzelner Bestimmungen der Verfassung als unzulässig hinzustellen, wie solche Anträge auch bisher bereits häufig von allen Parteien gestellt worden sind und vermutlich auch gestellt werden. Auch ist nicht daran gedacht, in die verfassungsmäßig gewährte Meinungsäußerung in irgendeiner Weise einzugreifen. Von den Beamten muß die Vertretung und die Verteidigung der Verfassung verlangt werden.)
2. Fortsetzung der Außenpolitik des Kabinetts Luther zwecks europäischer Verständigung und zwecks Herbeiführung der Gleichberechtigung und Freiheit Deutschlands, sowie der Rüstrungsbeschränkungen aller Staaten Europas.
3. Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, auch wo es sich um Deutsche handelt. Vertiefung der Beziehungen zu den deutschen Minderheiten im Ausland.
4. Vertiefung des deutschen Bodens von Saargebiet, Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiete der Luftschifffahrt.
5. Eintritt in den Völkerbund entsprechend den Erklärungen der Regierung Luther; Annäherung der europäischen Staaten, um Europa seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Stellung zu erhalten.
6. Herbeiführung des europäischen Wirtschaftsfriedens. Verständigung zwischen den europäischen Völkern über Produktion und Absatz, Verfolgung einer entschiedenen Handelsvertragspolitik, Beteiligung an einer Weltwirtschaftskonferenz.
7. Förderung einer freien und geordneten Erwerbs- und Wettbewerbswirtschaft in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft, Bekämpfung einer Vormachtstellung der Kartelle, höhere Wirtschaftsfreiheit, das Hand-in-Hand-Arbeiten von Regierung und Wirtschaftskreisen, zielbewusste Kreditpolitik.
8. Intensivierung der Landwirtschaft und Förderung des Siedlungswesens unter besonderer Berücksichtigung der Verdrängten.
9. Schaffung eines Gesetzes zur Durchführung einer gerechten und mit dem Staatswohl vereinbaren Abfindung der ehemaligen Kämpfer. (Anm.: Es ist unmaßlich, sich in dieser Frage auf Einzelheiten festzulegen. Vielmehr wird es den Verhandlungen im Rechtsausschuß überlassen werden müssen, welche Gestalt das Gesetz findet. Dort wird auch die Frage zu erörtern sein, inwieweit namentlich mit Rücksicht auf eskalante thüringische Verhältnisse Urteile einer Nachprüfung zu unterziehen sind, die vom privatrechtlichen Gesichtspunkt aus gerechtfertigt sein können, aber den besonderen historischen und staatsrechtlichen Verhältnissen des Erwerbes — es sei a. B. an den Schmalzfabriker Fall erinnert, indem wir durch deutsches Antroppler erworbenen Vermögen einem englischen Prinzen zuweisen, während England die deutschen Prinzenvermögen beschlagnahmt hat — nicht Rechnung tragen.)
10. Fortsetzung eines neuen Schulgesetzesentwurfes nach den Grundrissen des Art. 140 der Reichsverfassung unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und des Elternrechtes.
11. Politische und konfessionelle Gleichberechtigung bei der Kernerbestimmung.
12. Schaffung einer Reichshandwerksordnung.
13. Verabschiedung des Arbeiterlohngesetzes, das den Rinderlöschung, den Frauenloshand und die Sonntagstrube mobilisiert und die Arbeitszeit im Rahmen des Washingtoner Abkommens auf der Grundlage des achtstündigen Arbeitstages regelt, Ratifikation des Washingtoner Zeitabkommens unter der Voraussetzung, daß mindestens Frankreich und Belgien die Ratifikation vollziehen. (Anm.: Nach den Darlegungen des Arbeitsministers Brauns ist zu erwarten, daß er ein Gesetz vorlegen wird, das sich im Rahmen des Washingtoner Abkommens hält, zugleich aber auch die Arbeitszeit in einer Weise regelt, die der Wirtschaft genügend Bewegungsfreiheit gibt, um wettbewerbsfähig zu sein. Darüber hinaus wegen den Inhalt dieses Gesetzes heute Festlegungen zu treffen, erscheint unmöglich. Ist ein Gesetz im Rahmen des Washingtoner Abkommens geschaffen, so ist es keine innenwirtschaftliche Frage mehr, ob und unter

welchen Voraussetzungen das Washingtoner Abkommen ratifiziert wird, sondern eine außenwirtschaftliche. Es wird alles daran gesetzt werden müssen, nicht nur Frankreich und Belgien, sondern auch England für die Ratifikation zu gewinnen. Wirtschaftlich ausschlaggebend wird aber die Ratifikation Englands nicht sein, da England anerkanntermaßen zurzeit längere Arbeitslosigkeit hat, als das Washingtoner Abkommen vorsieht und innerhalb der nächsten fünf Jahre, für die das Washingtoner Abkommen noch gilt, nach allen Ermessen auch beibehalten wird.)

14. Vorlegung eines Gesetzentwurfes auf Grund des Art. 165 der Reichsverfassung. (Anmerkung: Die Vorlegung steht bereits vor, daß in den unteren Instanzen parlamentarische Arbeitnehmervertretungen zu errichten sind. Eine Festlegung darauf, daß die Arbeitnehmervertretungen in die Berufsämtern aufgenommen werden, erscheint dagegen bedenklich, da die Schaffung besonderer Vertretungen mit gemeinsamen Fachorganisationen zu prüfen ist.)

15. Bedenkliche Verabschiedung des dem Reichswirtschaftsrat bereits vorliegenden Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, bis dahin Anpassung der Erwerbslosenunterstützung an die wirtschaftliche Not. (Anm.: Eine Festlegung auf bestimmte Tage oder auf Ausgestaltung der Erwerbslosenunterstützung in ihren Einzelheiten ist vor der Aussprache mit dem künftigen Finanzminister ganz unmöglich. Es wird sicher aber nicht verkannt werden, daß die jetzige Regelung der Erwerbslosenunterstützung einer Verbesserung bedarf, wenn schwere Ermittlungen vermieden werden sollen.)

16. Verabschiedung des Arbeitsgerichtsgesetzes. 17. Ratifizierung des Steuerwesens des Reichs und aller öffentlichen Körperschaften zur Durchführung von Erleichterungen unter Aufrechterhaltung eines voll gedeckten öffentlichen Haushaltes. Bei allen Steuerermäßigungen besondere Rücksicht darauf, daß die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die übrigen indirekten Steuern eines Abbaues in mindestens demselben Maße bedürfen, wie die Einkommensteuer. Verschärfung der Steuerkontrolle und Anwendung aller geeigneten Mittel zur Herbeiführung einer ehrlichen Steuererklärung. Beteiligung von Vertretern der Öffentlichkeit an der Steuerkontrolle, Vereinfachung des Steuerwesens, Ersparnismaßnahmen im öffentlichen Haushalt.

18. Veranlassung von Ueberschüssen aus Reichspost und Branntweinmonopol durch Änderung des Reichspostfinanzgesetzes und wirtschaftlichen Ausgestaltung der Reichsmonopolverwaltung. Abgrenzung des Aufgabengebietes zwischen Reich, Länder und Gemeinden unter weitgehender Berücksichtigung des Gedankens einer zentralisierten Verwaltung und Selbstverwaltung, erhöhte Selbständigkeit der Länder und Gemeinden in der Deckung ihrer Ausgaben.

19. Begrenzung aller finanziellen Maßnahmen durch die Notwendigkeit, die deutsche Währung zu erhalten.

20. Beratung eines Sachverständigenausschusses zur Begutachtung und Durcharbeitung der vorgeschlagenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen.

Die Anmerkungen zu einigen Punkten sind auf Grund der Parteiführerbesprechungen dem Entwurf hinzugefügt worden.

Kalldorf und Lorenz.

Zur Charakteristik des Ausschlags gegen Stresemann. Berlin, 17. Dez. Wie bereits gemeldet, hat die Wst. 1 A des Berliner Volksparteiparlaments auf Mitteilung der zuständigen Behörden zwei Arbeiter des Berner-Werkes in Spandau, den Hilfsarbeiter Karl Kalldorf und den Hilfsarbeiter Werner Lorenz verhaftet, weil beide in dem Verdacht stehen, ein Attentat gegen Reichsminister Dr. Stresemann geplant zu haben. Ueber die Persönlichkeiten der Verhafteten erfahren wir folgende Einzelheiten.

Kalldorf, geboren am 18. Juli 1885 in Traunstein, wurde im Oktober d. J. in das Berner-Werk eingestellt und arbeitete als ungelerner Arbeiter. Er hat eine recht bewegte Vergangenheit hinter sich. Als Sohn eines geachteten bayerischen Beamten ist Kalldorf nach dem Kriege vollständig verbummelt und hat nicht nur in Bayern, sondern auch in Berlin eine ganze Anzahl von Schwelgereien und Hochstapeln verübt, um deren willen er sich noch zu verantworten haben wird. In das Berner-Werk ist er, soweit bisher festzustellen ist, durch seine Beziehungen zu dem Leiter der völkischen Angestelltenvereins Major a. D. Smettslag gekommen. In seiner Arbeitsstätte hat sich Kalldorf ebenfalls Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen und hat auch seine Wirtin in Spandau so erheblich belästigt, daß die Frau mehrmals im Berner-Werk erschien und den Vohn Kalldorf, der zuletzt als Prüßelbühler im Schaustrom tätig war, bestrafen wollte. Kalldorf hatte sich der völkischen Arbeiter- und Angestelltenvereins des Siemenswerkes angeschlossen, die einige tausend Arbeiter und Angestellte umfaßt und die bei den letzten Betriebsratswahlen einen Sitz in der Arbeitnehmervertretung errungen hat.

Lorenz, geboren am 28. Februar 1890, der als Außenmonteur beschäftigt wurde, und der den Siemens-Werfen durch den städtischen Arbeitsnachweis ausgeliefert worden war, wird von seinen Arbeitskollegen und von dem Meister als ein sehr ruhiger, aber geistig beschränkter Mensch geschildert, der leicht zu leiten war. In der Kantine hatte Kalldorf Lorenz kennen gelernt und dann sehr bald unter seinen Einfluß gebracht. Soweit bisher festgestellt worden ist, kann Kalldorf als die Seele des Planes bezeichnet werden, doch ist es sehr wahrscheinlich, daß es Kalldorf in erster Reihe darum ankam, Geld herauszuschlagen. Er hat mehrfach versucht, an leidende Persönlichkeiten der Völkischen zu gelangen, um von diesen Gelder zu erhalten.

Der Brief, der zur Verhaftung führte.

Berlin, 17. Dez. Zur Attentatsaffäre gegen Stresemann wird jetzt der Brief mitgeteilt, den Kalldorf an einen Münchener Rechtsanwalt geschrieben hat, dessen Anzeige dann zur Verhaftung Kalldorf und Lorenz führte. Dieser Brief, der die abgerundete Arbeit und Gemeinheit seines Verfassers voll an den Tag legt, lautet:

Berlin-Siemensstadt, 8. Dezember 1925.

„Herrn Kler!... Ich liebe noch, ich habe mich durchgeraucht. Es war ein kleines Ausmaß, hier anzukommen, und ich habe mir hier herausgefunden. Zwei Ingenieure haben meinen Eintritt gemeldet. Natürlich Parzelle, und nun: Ich habe den Helm gemacht nach bekanntem Muster: „Stresemann, Berwiesemann!“ Du verstehst! Ich habe Offiziere, die mitmachen, und auch die „Finanzierung“ ist allright. Es wäre mir sehr lieb, wenn du ein paar Zeilen schreiben würdest, daß ich für die Sache gut bin. Du kennst meine Vergangenheit. Du weißt, was von mir zu halten ist. Natürlich, wenn Du mir auch als Referenz dienst, so ist das eine sehr wichtige Unterstützung meiner Berliner in Reichsbürger Referenzen... „Berwiesemann“ das Schwein, muß gefickt werden. Ein Flugzeug ist auch zur Verfügung. In diesen Anordnungen weißt Du, um was es geht. Die Industrie ist auch gegen den Verräterbund, zum Beispiel Kalldorf im „Vol. Anzeiger“. Die Tat geht auf mein Konto. Die zwei Offiziere, deren einer sehr erprobt ist, tun mit. Schrift sehr schlecht, weil die Arbeit mich ganz langsam mitnimmt. Du hast sicher Vertrauensmann hier, der mich auch Korn nimmt. Geld und Sieg! Mit treudeutschem Gruß! Dein Karl Kalldorf. (Nicht hier ist Marineoffizier, Offizier bis zum Obersten.) Gruß Werner Lorenz, Oberleutnant a. D.; unbekannterweise Geld und Sieg!“

Berlin, 17. Dez. Die in Sachen des Attentatsplanes gegen Stresemann in Frage stehende dritte Persönlichkeit ist ein Arbeiter in Spandau, der ebenso wie Kalldorf und Lorenz die Siemens beschäftigt war. Er kommt aber nur als Bezugspunkt als Komplize in Betracht. Er hat, als er von dem Plane Wind bekam, seine Kollegen aufgefordert, ihr falls sie etwas Näheres darüber erfahren sollten, Mitteilung zu machen, damit Anzeigen gemacht werden können.

Sehr geleille Aufnahme der Berufung Doumers.

Paris, 17. Dez. Die Ernennung Doumers zum Finanzminister hat in den Kreisen der Radikalen, die vorausgesetzt war, seine besondere Begeisterung ausgelöst. Die linksgruppen sich wider Erwartung jeder Kritik der Person des neuen Finanzministers Doumer enthalten, so ist das ausschließlich der persönlichen Intervention des Ministerpräsidenten Briand zuzuschreiben, der vor dem Zusammenritt der Ausschüsse absetzte, um Beschäfte gegen den neuen Finanzminister zu verhindern. Der Ministerpräsident hatte der Reihe nach mit den führenden Persönlichkeiten des linken Lagers Besprechungen und hat mit dem Hinweis, daß parteipolitische Erwägungen hinter das öffentliche Interesse zurücktreten hätten, auch Erfolg gehabt. Die letzten Beschäftigten der linksgruppen gegen Doumer wird aber ohne Zweifel bald zum Durchbruch kommen.

Der Beschluß der Sozialisten, die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses vorzubereiten, auf dem die Möglichkeit einer Wiederannäherung mit den übrigen linksgruppen zur Sprache gebracht werden soll, ist ein Anzeichen dafür, daß man für die nächste Woche innerparteiliche Ereignisse erwartet. Man rechnet damit, daß Doumer sich bis Anfang Januar halten und dann zum Minister zurückgeworfen werden wird. Seine ganze Ministerfähigkeit dürfte sich auch in der Hauptphase auf die Verabschiedung des Budgets beschränken. Er genügt nicht das für die Verwirrung der Radikalen, daß er die gesamte finanzielle Sanierung durchführen konnte.

Ebenfalls in der Reichspresse zum Ausdruck gebracht wird, daß dem neuen Finanzminister der Ruf eines erfahrenen Finanzfachmannes vorausgeht, der wiederholt Beweise seines Könnens gegeben habe, besonders war in diesen Kreisen, daß Doumer eine dauerhafte Mehrheit in der Kammer finden wird. Der „L'Espresso“ schreibt, Doumer werde die größte Achtung, weil er sich durch Übernahme dieses Postens die denkbar schwierigsten Aufgabe unterzöge. „L'Espresso“ meint, Doumer habe vor seinem Vorgänger voraus, daß er methodisch und gewissenhaft zu Werke gehe. Er verbiete die größte Sympathie, weil er eine Aufgabe übernehme, die das Land ihm ohne Zweifel unmöglich zu machen versuchen werde. Sogar die linksgerichtete „Revue Nouvelle“ spricht dem neuen Finanzminister ihr Vertrauen aus, in der Annahme, daß er ein ausführbares Programm zur Hand habe.

Annahme der englischen Industralienvorlage.

London, 17. Dezember. Das englische Unterhaus hat die Industralienvorlage in 2. Lesung angenommen. (237/14.)

Dr. Schacht über die Wirtschaftskrise.

Der langsame Gesundungsprozeß.

Deutschland braucht Kolonien!

Basel, 17. Dez. Am Stadionsplatz in Basel sprach gestern abend Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf Einladung der hiesigen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft über die Lage der deutschen Wirtschaft. Dr. Schacht erinnerte in seiner von starker Ausbreitung angetragenen Rede an den Zweifel, den man vor zwei Jahren in seinem Optimismus für eine Stabilisierung der deutschen Währung gesetzt habe. Die unabweisliche Notwendigkeit der Stabilisierung, die Deflationstriebe, habe zwar durch die antizipierten Beschlüsse der Reichsbank durch Abstoß von Vorräten und das Zurückziehen deutscher Auslandsguthaben gemildert werden können, aber

die Gesundung gehe nur langsam vorwärts, und die Deflationstriebe werde noch eine Weile andauern.

Das die deutsche Wirtschaft anbelange, so sei ihm in den verschiedenen Staaten niemals die Frage gestellt worden, ob die deutsche Wirtschaft nicht besser sei als die anderer. Die deutschen Kreditpolitiken noch längerer Zeit selbst, wird mindestens eine Erhöhung des Umlaufes der Zahlungsmittel notwendig, aber das Preisniveau dürfe dadurch nicht unumwunden beeinflusst werden. Unter Benützung geplanter handelspolitischer Maßnahmen führte Dr. Schacht im Verlaufe seiner Rede dann aus, daß

die deutsche Wirtschaft an das Ausland in den letzten Monaten nicht gekümmert sei.

Dr. Schacht hält eine Detachierung des Auslandes am deutschen Wirtschaftswachstum für empfehlenswert, da die Basiere durch den mehrfachen Wert der Importeure mehrmals gedeckt seien. Die Unterbilanz beim Außenhandel für 1924 betrug auf vier Milliarden zu schätzen. Das sei aber unbedeutend, weil ein großer Teil der Einfuhr zum Aufhalten der Vorkriegs Arbeitslosigkeit. Das bedeutende Moment sei die steigende Arbeitslosigkeit. Hier könne entweder durch einen entschiedenen Ausbruch der deutschen Wirtschaft oder durch koloniale Tätigkeiten abgeholfen werden. Rückblickend könne er sagen, daß der Wille, sich zu behaupten, stärker und härter im deutschen Volke geworden sei. (Z. 11.)

Berlängerung des Kali-Geleges.

Berlin, 16. Dez. Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft beschloß eine Verordnung, welche die Beschränkungen zur Durchführung des Geleges über die Regelung der Kaliumerzeugung, das am 31. Dezember abläuft, auf drei Jahre verlängert. Die Notwendigkeit einer Verlängerung wurde damit begründet, daß sich die wirtschaftliche Lage der Kaliindustrie noch nicht so weit gelichtet habe, um jetzt schon ein unverlässliches Bild über ihre Entwicklungsmöglichkeiten zeichnen zu können. Die Abwägungsergebnisse seien vorwiegend im letzten Jahre günstiger geworden, aber es solle sich im Hinblick auf die ungewisse Lage der deutschen Landwirtschaft zurzeit noch nicht überlegen, ob die Steigerung von Döner sein werde. Jedenfalls bieten die zurzeit in Betrieb befindlichen Werke die volle Gewähr dafür, daß auch sehr stark gesteigerte Absatzbedürfnisse befriedigt werden können.

Das Abkufen von Kolonialwaren war zunächst als Kriegsmassnahme im Jahre 1916 verboten worden. Eine Verordnung

von 1921 hat dann das Verbot bis Ende d. J. aufrechterhalten, um im Zusammenwirken mit den sonstigen Maßnahmen zur Beseitigung von Kaliumwerken die zu große Zahl von Produktionsstätten in der Kaliindustrie zu vermindern. Da auch ein gehäufteter Abwas gegenwärtig demäßig werden könnte, stege ein Bedürfnis, das Abkufungsverbot aufzuheben, nicht vor. Eine Aufhebung würde lediglich die Spekulation anregen und Kapitalien für Anlagen zu verwenden, die in den nächsten Jahren zur Bewältigung des Kaliumbedarfes nicht notwendig sind.

Reichsgarantie des Stichtoffabfakes?

Berlin, 17. Dez. Der Haushaltsausschuß des Reichstags verhandelte über eine Reichsgarantie zur Förderung des Stichtoffabfakes. Seitens der Reichsregierung wurde darauf ausgeführt, daß die außerordentlich schwierige Lage, in der sich heute die Landwirtschaft befindet, die streikende Verlosung des deutschen Bodens mit Stichtoffdüngemitteln für die kommende Ernte gefährdet erscheinen läßt. Soweit der Bezug von Stichtoff durch die genossenschaftlichen Vereinigungen der Landwirtschaft erfolgt, werde seine Finanzierung bis zur nächsten Ernte nach den mit den in Frage kommenden Bankanstalten geführten Verhandlungen gesichert werden können.

Besondere Schwierigkeiten bereitet dagegen die Finanzierung des Stichtoffabfakes, soweit der Bezug durch den Staat erfolgt. Nach den Bedingungen des Stichtoffabfakes erfolgt die Bezahlung zu einem Drittel in bar, während zwei Drittel der Beiträge mit Dreimonatsfrist bezahlt werden können. Die Regierung, von dieser Kreditmöglichkeit Gebrauch zu machen, sei aber unter den heutigen Verhältnissen sehr gering, wenn nicht dem tausendfachen Landwirt eine Sicherung dafür gegeben werde, daß die Bezahlungsbeträge bis nach der kommenden Ernte geteilt werden. Es bestehe Aussicht, daß ein Bankkonkurs im Bereich mit dem Stichtoffabfak den Stichtoffbezug bis zur nächsten Ernte finanziere, wenn die Reichsregierung sich bereit erklärt, eine Garantie in betragsloser Höhe zu übernehmen. Angesichts der verhängnisvollen Folgen, die ein harter Rückgang des Düngemittels auf die landwirtschaftliche Erzeugung, und damit namentlich auch auf die Außenhandelsbilanz des Reiches haben müßte, befürwortet die Reichsregierung grundsätzlich diese Garantievernahme.

Die Kosten der Reichsfinanzverwaltung.

Berlin, 16. Dez. Ueber die Kosten der Reichsfinanzverwaltung werden neuerdings aus unbekanntem Quellen erschreckende Zahlen in die Welt gesetzt, die geeignet sind, vermittelnde Vorstellungen hervorzuufen. Nach den Berichten, die im einzelnen voneinander mehr oder weniger abweichen, sollen die Kosten der Reichsfinanzverwaltung rund 2 1/2 Milliarden Reichsmark betragen, zu denen vermutlich noch die Kosten des Ministeriums selbst mit rund 370 Millionen hinzukommen. In Wirklichkeit haben sich die Kosten der Finanzverwaltung in den letzten Jahren mit geringen Schwankungen zwischen 4 und 5 v. H. bewegt. So betragen die Einnahmen der Reichsfinanzverwaltung im Jahre 1924 insgesamt 7 879 155 203 M. M., die Gesamtheit der Ausgaben 205 508 161 M. M., d. h. 4,1 v. H. der Einnahmen.

Die Sowjetziele in Indien.

London, 17. Dez. Die Regierung hat einen Bericht über die Lage in Indien in den Jahren 1924/25 veröffentlicht, der den Blättern zufolge, bemerkenswerte Angaben über die Politik der Sowjetregierung gegenüber Indien enthält. Es heißt darin u. a.: Die kommunistische Propaganda sei aufgegeben worden zugunsten der Errichtung nationaler Volkswirtschaften unter den einzelnen indischen Völkern. Dies zeige, daß die traditionellen Absichten Rußlands in einer neuen und gefährlichen Gestalt wieder aufgenommen wurden. Frühere russische Beamte hätten öffentlich angekündigt, daß es das Ziel Rußlands sei, eine Revolution im Osten herbeizuführen, um die britische Macht zu zerstören. (23. 1. A.)

Erziehung eines englischen Kapitäns in Moskau.

London, 17. Dez. Nach Meldungen aus Moskau ist der englische Kapitän Sidney Reilly durch Tscheka-Soldaten gefesselt worden. Die Londoner Sowjetgesellschaft stellt mit, daß sie aus Moskau Einzelheiten über die Ermordung angefordert habe. (Z. 11.)

Japan verleiht Kämpfe bei Wuhan.

Tokio, 17. Dez. Von Regierungsseite wird mitgeteilt, die japanische Regierung werde Zhang Tso Lin und Luo Suna ein eröffnen, daß sie Kämpfe innerhalb einer Entfernung von 10 Kilometer von Wuhan nicht dulde. Die japanischen Truppen in der Mandchurei sind angewiesen, vollkommene Neutralität zu bewahren. Wie eine amtliche Mitteilung besagt, ist unter den Truppen Zhang Tso Lin mit dem baldigen Ausbruch einer neuen Revolte zu rechnen. (23. 1. A.)

Französische Drohungen gegen die Türkei.

Paris, 17. Dez. „Petit Parisien“ warnt die Türkei vor einem kriegerischen Abenteuer und betont, daß ein Angriff auf Mosul nicht allein die Rückgewinnung von Mesopotamien und einen neuen Durcheinander zur Folge habe, die Entente-Mächte würden auch nicht zögern, auf den Vertrag von 1915 zurückzukommen, durch den Anatolien in eine französische, englische und italienische Einflusszone aufgeteilt werden sollte. Das Wort kommt deshalb zu dem Schluss, daß trotz der türkischen Proteste ein früher Abbruch der Türkei nicht zu erwarten sei.

Die Einzelheiten der Moskauentscheidung.

Genf, 17. Dez. Die vom Völkerbund getroffene Entscheidung in der Moskaufrage enthält außer einer neuen Bestimmung der endgültigen Grenzlinie zwischen Türkei und Irak noch folgende drei Punkte:

1. Die englische Regierung soll dem Rat einen neuen Vertrag mit dem Irak unterbreiten, der unter dem Vorbehalt der Aufnahme des Iraks in den Völkerbund vor Ablauf der nächsten zwei die ununterbrochene Ausübung des Handels sichert. Sobald innerhalb sechs Monaten die Durchführung dieser Bestimmung zur Kenntnis des Rats gebracht ist, wird dieser entscheiden, daß keine weitere Entscheidung eingebracht worden ist und die Maßnahmen für die genaue Abgrenzung der Grenzlinie in allen ihren Einzelheiten erlassen.

2. England soll die Verwaltungsmaßnahmen mitteilen, die es erlassen wird, um der türkischen Bevölkerung die Garantien für die lokale Verwaltung, insbesondere hinsichtlich der Rechtsprechung und des Unterrichts, zu geben, die bereits durch die Untersuchungskommission empfohlen wurden.

3. England wird aufgefordert, sich in so fern wie möglich an die Anregungen der Untersuchungskommission zu halten, soweit sie die Befriedigung und den Schutz aller Teile der Bevölkerung sicherstellt.

Die englischen Quittungen.

London, 17. Dez. Der englische Luftfahrtminister wies darauf hin, daß die britischen Luftstreitkräfte denen der nächstgelegenen Reichsluftmacht im Verhältnis von einer Einheit gegen drei unterlegen seien. Die Regierung habe sich daher entschlossen, das Ausbauprogramm für die Luftstreitkräfte nicht anzustufen. Die Streitkräfte zur Verteidigung des Mutterlandes sollen allmählich vollständig ge-

macht werden, doch sei England infolge des Vorkriegs-Vertrages geneigt, das Ausbauprogramm für einige Zeit zurückzustellen.

London, 16. Dez. Wie die Blätter berichten, hat sich das englische Luftministerium grundsätzlich entschlossen, die Benutzung von Holz zum Bau von Flugzeugen aufzugeben und zum Ganzmetallflugzeugbau überzugehen. Dieser Uebergang wird jedoch in Anbetracht der erheblichen finanziellen Kosten und administrativen Schwierigkeiten nur allmählich vor sich gehen. Es ist bezeichnend, daß in den auf diese Nachricht gekauften Betrachtungen der englischen Blätter die hervorzuhebenden Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete des Ganzmetallflugzeuges beinahe gänzlich vergessen werden. (Z. 11.)

London, 17. Dez. Nach Meldungen aus Moskau ist der englische Kapitän Sidney Reilly durch Tscheka-Soldaten gefesselt worden. Die Londoner Sowjetgesellschaft stellt mit, daß sie aus Moskau Einzelheiten über die Ermordung angefordert habe. (Z. 11.)

Tokio, 17. Dez. Von Regierungsseite wird mitgeteilt, die japanische Regierung werde Zhang Tso Lin und Luo Suna ein eröffnen, daß sie Kämpfe innerhalb einer Entfernung von 10 Kilometer von Wuhan nicht dulde. Die japanischen Truppen in der Mandchurei sind angewiesen, vollkommene Neutralität zu bewahren. Wie eine amtliche Mitteilung besagt, ist unter den Truppen Zhang Tso Lin mit dem baldigen Ausbruch einer neuen Revolte zu rechnen. (23. 1. A.)

Paris, 17. Dez. „Petit Parisien“ warnt die Türkei vor einem kriegerischen Abenteuer und betont, daß ein Angriff auf Mosul nicht allein die Rückgewinnung von Mesopotamien und einen neuen Durcheinander zur Folge habe, die Entente-Mächte würden auch nicht zögern, auf den Vertrag von 1915 zurückzukommen, durch den Anatolien in eine französische, englische und italienische Einflusszone aufgeteilt werden sollte. Das Wort kommt deshalb zu dem Schluss, daß trotz der türkischen Proteste ein früher Abbruch der Türkei nicht zu erwarten sei.

Genf, 17. Dez. Die vom Völkerbund getroffene Entscheidung in der Moskaufrage enthält außer einer neuen Bestimmung der endgültigen Grenzlinie zwischen Türkei und Irak noch folgende drei Punkte:

1. Die englische Regierung soll dem Rat einen neuen Vertrag mit dem Irak unterbreiten, der unter dem Vorbehalt der Aufnahme des Iraks in den Völkerbund vor Ablauf der nächsten zwei die ununterbrochene Ausübung des Handels sichert. Sobald innerhalb sechs Monaten die Durchführung dieser Bestimmung zur Kenntnis des Rats gebracht ist, wird dieser entscheiden, daß keine weitere Entscheidung eingebracht worden ist und die Maßnahmen für die genaue Abgrenzung der Grenzlinie in allen ihren Einzelheiten erlassen.

2. England soll die Verwaltungsmaßnahmen mitteilen, die es erlassen wird, um der türkischen Bevölkerung die Garantien für die lokale Verwaltung, insbesondere hinsichtlich der Rechtsprechung und des Unterrichts, zu geben, die bereits durch die Untersuchungskommission empfohlen wurden.

3. England wird aufgefordert, sich in so fern wie möglich an die Anregungen der Untersuchungskommission zu halten, soweit sie die Befriedigung und den Schutz aller Teile der Bevölkerung sicherstellt.

Die englischen Quittungen.

London, 17. Dez. Der englische Luftfahrtminister wies darauf hin, daß die britischen Luftstreitkräfte denen der nächstgelegenen Reichsluftmacht im Verhältnis von einer Einheit gegen drei unterlegen seien. Die Regierung habe sich daher entschlossen, das Ausbauprogramm für die Luftstreitkräfte nicht anzustufen. Die Streitkräfte zur Verteidigung des Mutterlandes sollen allmählich vollständig ge-

macht werden, doch sei England infolge des Vorkriegs-Vertrages geneigt, das Ausbauprogramm für einige Zeit zurückzustellen.

London, 16. Dez. Wie die Blätter berichten, hat sich das englische Luftministerium grundsätzlich entschlossen, die Benutzung von Holz zum Bau von Flugzeugen aufzugeben und zum Ganzmetallflugzeugbau überzugehen. Dieser Uebergang wird jedoch in Anbetracht der erheblichen finanziellen Kosten und administrativen Schwierigkeiten nur allmählich vor sich gehen. Es ist bezeichnend, daß in den auf diese Nachricht gekauften Betrachtungen der englischen Blätter die hervorzuhebenden Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete des Ganzmetallflugzeuges beinahe gänzlich vergessen werden. (Z. 11.)

London, 17. Dez. Nach Meldungen aus Moskau ist der englische Kapitän Sidney Reilly durch Tscheka-Soldaten gefesselt worden. Die Londoner Sowjetgesellschaft stellt mit, daß sie aus Moskau Einzelheiten über die Ermordung angefordert habe. (Z. 11.)

Tokio, 17. Dez. Von Regierungsseite wird mitgeteilt, die japanische Regierung werde Zhang Tso Lin und Luo Suna ein eröffnen, daß sie Kämpfe innerhalb einer Entfernung von 10 Kilometer von Wuhan nicht dulde. Die japanischen Truppen in der Mandchurei sind angewiesen, vollkommene Neutralität zu bewahren. Wie eine amtliche Mitteilung besagt, ist unter den Truppen Zhang Tso Lin mit dem baldigen Ausbruch einer neuen Revolte zu rechnen. (23. 1. A.)

Paris, 17. Dez. „Petit Parisien“ warnt die Türkei vor einem kriegerischen Abenteuer und betont, daß ein Angriff auf Mosul nicht allein die Rückgewinnung von Mesopotamien und einen neuen Durcheinander zur Folge habe, die Entente-Mächte würden auch nicht zögern, auf den Vertrag von 1915 zurückzukommen, durch den Anatolien in eine französische, englische und italienische Einflusszone aufgeteilt werden sollte. Das Wort kommt deshalb zu dem Schluss, daß trotz der türkischen Proteste ein früher Abbruch der Türkei nicht zu erwarten sei.

Genf, 17. Dez. Die vom Völkerbund getroffene Entscheidung in der Moskaufrage enthält außer einer neuen Bestimmung der endgültigen Grenzlinie zwischen Türkei und Irak noch folgende drei Punkte:

1. Die englische Regierung soll dem Rat einen neuen Vertrag mit dem Irak unterbreiten, der unter dem Vorbehalt der Aufnahme des Iraks in den Völkerbund vor Ablauf der nächsten zwei die ununterbrochene Ausübung des Handels sichert. Sobald innerhalb sechs Monaten die Durchführung dieser Bestimmung zur Kenntnis des Rats gebracht ist, wird dieser entscheiden, daß keine weitere Entscheidung eingebracht worden ist und die Maßnahmen für die genaue Abgrenzung der Grenzlinie in allen ihren Einzelheiten erlassen.

2. England soll die Verwaltungsmaßnahmen mitteilen, die es erlassen wird, um der türkischen Bevölkerung die Garantien für die lokale Verwaltung, insbesondere hinsichtlich der Rechtsprechung und des Unterrichts, zu geben, die bereits durch die Untersuchungskommission empfohlen wurden.

3. England wird aufgefordert, sich in so fern wie möglich an die Anregungen der Untersuchungskommission zu halten, soweit sie die Befriedigung und den Schutz aller Teile der Bevölkerung sicherstellt.

Die englischen Quittungen.

London, 17. Dez. Der englische Luftfahrtminister wies darauf hin, daß die britischen Luftstreitkräfte denen der nächstgelegenen Reichsluftmacht im Verhältnis von einer Einheit gegen drei unterlegen seien. Die Regierung habe sich daher entschlossen, das Ausbauprogramm für die Luftstreitkräfte nicht anzustufen. Die Streitkräfte zur Verteidigung des Mutterlandes sollen allmählich vollständig ge-

macht werden, doch sei England infolge des Vorkriegs-Vertrages geneigt, das Ausbauprogramm für einige Zeit zurückzustellen.

London, 16. Dez. Wie die Blätter berichten, hat sich das englische Luftministerium grundsätzlich entschlossen, die Benutzung von Holz zum Bau von Flugzeugen aufzugeben und zum Ganzmetallflugzeugbau überzugehen. Dieser Uebergang wird jedoch in Anbetracht der erheblichen finanziellen Kosten und administrativen Schwierigkeiten nur allmählich vor sich gehen. Es ist bezeichnend, daß in den auf diese Nachricht gekauften Betrachtungen der englischen Blätter die hervorzuhebenden Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete des Ganzmetallflugzeuges beinahe gänzlich vergessen werden. (Z. 11.)

London, 17. Dez. Nach Meldungen aus Moskau ist der englische Kapitän Sidney Reilly durch Tscheka-Soldaten gefesselt worden. Die Londoner Sowjetgesellschaft stellt mit, daß sie aus Moskau Einzelheiten über die Ermordung angefordert habe. (Z. 11.)

Tokio, 17. Dez. Von Regierungsseite wird mitgeteilt, die japanische Regierung werde Zhang Tso Lin und Luo Suna ein eröffnen, daß sie Kämpfe innerhalb einer Entfernung von 10 Kilometer von Wuhan nicht dulde. Die japanischen Truppen in der Mandchurei sind angewiesen, vollkommene Neutralität zu bewahren. Wie eine amtliche Mitteilung besagt, ist unter den Truppen Zhang Tso Lin mit dem baldigen Ausbruch einer neuen Revolte zu rechnen. (23. 1. A.)

Paris, 17. Dez. „Petit Parisien“ warnt die Türkei vor einem kriegerischen Abenteuer und betont, daß ein Angriff auf Mosul nicht allein die Rückgewinnung von Mesopotamien und einen neuen Durcheinander zur Folge habe, die Entente-Mächte würden auch nicht zögern, auf den Vertrag von 1915 zurückzukommen, durch den Anatolien in eine französische, englische und italienische Einflusszone aufgeteilt werden sollte. Das Wort kommt deshalb zu dem Schluss, daß trotz der türkischen Proteste ein früher Abbruch der Türkei nicht zu erwarten sei.

Genf, 17. Dez. Die vom Völkerbund getroffene Entscheidung in der Moskaufrage enthält außer einer neuen Bestimmung der endgültigen Grenzlinie zwischen Türkei und Irak noch folgende drei Punkte:

1. Die englische Regierung soll dem Rat einen neuen Vertrag mit dem Irak unterbreiten, der unter dem Vorbehalt der Aufnahme des Iraks in den Völkerbund vor Ablauf der nächsten zwei die ununterbrochene Ausübung des Handels sichert. Sobald innerhalb sechs Monaten die Durchführung dieser Bestimmung zur Kenntnis des Rats gebracht ist, wird dieser entscheiden, daß keine weitere Entscheidung eingebracht worden ist und die Maßnahmen für die genaue Abgrenzung der Grenzlinie in allen ihren Einzelheiten erlassen.

2. England soll die Verwaltungsmaßnahmen mitteilen, die es erlassen wird, um der türkischen Bevölkerung die Garantien für die lokale Verwaltung, insbesondere hinsichtlich der Rechtsprechung und des Unterrichts, zu geben, die bereits durch die Untersuchungskommission empfohlen wurden.

3. England wird aufgefordert, sich in so fern wie möglich an die Anregungen der Untersuchungskommission zu halten, soweit sie die Befriedigung und den Schutz aller Teile der Bevölkerung sicherstellt.

Die englischen Quittungen.

London, 17. Dez. Der englische Luftfahrtminister wies darauf hin, daß die britischen Luftstreitkräfte denen der nächstgelegenen Reichsluftmacht im Verhältnis von einer Einheit gegen drei unterlegen seien. Die Regierung habe sich daher entschlossen, das Ausbauprogramm für die Luftstreitkräfte nicht anzustufen. Die Streitkräfte zur Verteidigung des Mutterlandes sollen allmählich vollständig ge-

macht werden, doch sei England infolge des Vorkriegs-Vertrages geneigt, das Ausbauprogramm für einige Zeit zurückzustellen.

London, 16. Dez. Wie die Blätter berichten, hat sich das englische Luftministerium grundsätzlich entschlossen, die Benutzung von Holz zum Bau von Flugzeugen aufzugeben und zum Ganzmetallflugzeugbau überzugehen. Dieser Uebergang wird jedoch in Anbetracht der erheblichen finanziellen Kosten und administrativen Schwierigkeiten nur allmählich vor sich gehen. Es ist bezeichnend, daß in den auf diese Nachricht gekauften Betrachtungen der englischen Blätter die hervorzuhebenden Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete des Ganzmetallflugzeuges beinahe gänzlich vergessen werden. (Z. 11.)

London, 17. Dez. Nach Meldungen aus Moskau ist der englische Kapitän Sidney Reilly durch Tscheka-Soldaten gefesselt worden. Die Londoner Sowjetgesellschaft stellt mit, daß sie aus Moskau Einzelheiten über die Ermordung angefordert habe. (Z. 11.)

Tokio, 17. Dez. Von Regierungsseite wird mitgeteilt, die japanische Regierung werde Zhang Tso Lin und Luo Suna ein eröffnen, daß sie Kämpfe innerhalb einer Entfernung von 10 Kilometer von Wuhan nicht dulde. Die japanischen Truppen in der Mandchurei sind angewiesen, vollkommene Neutralität zu bewahren. Wie eine amtliche Mitteilung besagt, ist unter den Truppen Zhang Tso Lin mit dem baldigen Ausbruch einer neuen Revolte zu rechnen. (23. 1. A.)

Paris, 17. Dez. „Petit Parisien“ warnt die Türkei vor einem kriegerischen Abenteuer und betont, daß ein Angriff auf Mosul nicht allein die Rückgewinnung von Mesopotamien und einen neuen Durcheinander zur Folge habe, die Entente-Mächte würden auch nicht zögern, auf den Vertrag von 1915 zurückzukommen, durch den Anatolien in eine französische, englische und italienische Einflusszone aufgeteilt werden sollte. Das Wort kommt deshalb zu dem Schluss, daß trotz der türkischen Proteste ein früher Abbruch der Türkei nicht zu erwarten sei.

Genf, 17. Dez. Die vom Völkerbund getroffene Entscheidung in der Moskaufrage enthält außer einer neuen Bestimmung der endgültigen Grenzlinie zwischen Türkei und Irak noch folgende drei Punkte:

1. Die englische Regierung soll dem Rat einen neuen Vertrag mit dem Irak unterbreiten, der unter dem Vorbehalt der Aufnahme des Iraks in den Völkerbund vor Ablauf der nächsten zwei die ununterbrochene Ausübung des Handels sichert. Sobald innerhalb sechs Monaten die Durchführung dieser Bestimmung zur Kenntnis des Rats gebracht ist, wird dieser entscheiden, daß keine weitere Entscheidung eingebracht worden ist und die Maßnahmen für die genaue Abgrenzung der Grenzlinie in allen ihren Einzelheiten erlassen.

2. England soll die Verwaltungsmaßnahmen mitteilen, die es erlassen wird, um der türkischen Bevölkerung die Garantien für die lokale Verwaltung, insbesondere hinsichtlich der Rechtsprechung und des Unterrichts, zu geben, die bereits durch die Untersuchungskommission empfohlen wurden.

3. England wird aufgefordert, sich in so fern wie möglich an die Anregungen der Untersuchungskommission zu halten, soweit sie die Befriedigung und den Schutz aller Teile der Bevölkerung sicherstellt.

Die englischen Quittungen.

London, 17. Dez. Der englische Luftfahrtminister wies darauf hin, daß die britischen Luftstreitkräfte denen der nächstgelegenen Reichsluftmacht im Verhältnis von einer Einheit gegen drei unterlegen seien. Die Regierung habe sich daher entschlossen, das Ausbauprogramm für die Luftstreitkräfte nicht anzustufen. Die Streitkräfte zur Verteidigung des Mutterlandes sollen allmählich vollständig ge-

macht werden, doch sei England infolge des Vorkriegs-Vertrages geneigt, das Ausbauprogramm für einige Zeit zurückzustellen.

London, 16. Dez. Wie die Blätter berichten, hat sich das englische Luftministerium grundsätzlich entschlossen, die Benutzung von Holz zum Bau von Flugzeugen aufzugeben und zum Ganzmetallflugzeugbau überzugehen. Dieser Uebergang wird jedoch in Anbetracht der erheblichen finanziellen Kosten und administrativen Schwierigkeiten nur allmählich vor sich gehen. Es ist bezeichnend, daß in den auf diese Nachricht gekauften Betrachtungen der englischen Blätter die hervorzuhebenden Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete des Ganzmetallflugzeuges beinahe gänzlich vergessen werden. (Z. 11.)

London, 17. Dez. Nach Meldungen aus Moskau ist der englische Kapitän Sidney Reilly durch Tscheka-Soldaten gefesselt worden. Die Londoner Sowjetgesellschaft stellt mit, daß sie aus Moskau Einzelheiten über die Ermordung angefordert habe. (Z. 11.)

Tokio, 17. Dez. Von Regierungsseite wird mitgeteilt, die japanische Regierung werde Zhang Tso Lin und Luo Suna ein eröffnen, daß sie Kämpfe innerhalb einer Entfernung von 10 Kilometer von Wuhan nicht dulde. Die japanischen Truppen in der Mandchurei sind angewiesen, vollkommene Neutralität zu bewahren. Wie eine amtliche Mitteilung besagt, ist unter den Truppen Zhang Tso Lin mit dem baldigen Ausbruch einer neuen Revolte zu rechnen. (23. 1. A.)

Paris, 17. Dez. „Petit Parisien“ warnt die Türkei vor einem kriegerischen Abenteuer und betont, daß ein Angriff auf Mosul nicht allein die Rückgewinnung von Mesopotamien und einen neuen Durcheinander zur Folge habe, die Entente-Mächte würden auch nicht zögern, auf den Vertrag von 1915 zurückzukommen, durch den Anatolien in eine französische, englische und italienische Einflusszone aufgeteilt werden sollte. Das Wort kommt deshalb zu dem Schluss, daß trotz der türkischen Proteste ein früher Abbruch der Türkei nicht zu erwarten sei.

Genf, 17. Dez. Die vom Völkerbund getroffene Entscheidung in der Moskaufrage enthält außer einer neuen Bestimmung der endgültigen Grenzlinie zwischen Türkei und Irak noch folgende drei Punkte:

1. Die englische Regierung soll dem Rat einen neuen Vertrag mit dem Irak unterbreiten, der unter dem Vorbehalt der Aufnahme des Iraks in den Völkerbund vor Ablauf der nächsten zwei die ununterbrochene Ausübung des Handels sichert. Sobald innerhalb sechs Monaten die Durchführung dieser Bestimmung zur Kenntnis des Rats gebracht ist, wird dieser entscheiden, daß keine weitere Entscheidung eingebracht worden ist und die Maßnahmen für die genaue Abgrenzung der Grenzlinie in allen ihren Einzelheiten erlassen.

2. England soll die Verwaltungsmaßnahmen mitteilen, die es erlassen wird, um der türkischen Bevölkerung die Garantien für die lokale Verwaltung, insbesondere hinsichtlich der Rechtsprechung und des Unterrichts, zu geben, die bereits durch die Untersuchungskommission empfohlen wurden.

3. England wird aufgefordert, sich in so fern wie möglich an die Anregungen der Untersuchungskommission zu halten, soweit sie die Befriedigung und den Schutz aller Teile der Bevölkerung sicherstellt.

### Skandaljzenen im Landtag. Unterbrechung der Sitzung und Räumung der Tribüne.

Dresden, 17. Dezember 1925.  
Der Landtag trat heute vormittag um 11 Uhr zu seiner 150. Sitzung zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abg. Wötcher (Komm.), in der heutigen Sitzung die Annahmestriche seiner Partei mit zu verhandeln, die nach der ersten Beratung im Plenum dem Rechtsausschuss überwiesen worden waren. Er weist darauf hin, daß auf der öffentlichen Tribüne 25 Frauen von inaktiven Arbeitern saßen. Wötcher beantragt, die Sitzung um einige Stunden zu verschieben, um dem Rechtsausschuss Gelegenheit zu geben, die Beratung der Annahmestriche zu beenden.

Der Antrag Wötcher wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Demnach verlangt Abg. Siemert (Komm.) das Wort zur Geschäftsordnung. Gleichzeitlich bricht auf der äußersten Linken ein ungeheurer Lärm aus.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten überschütten sich mit Schimpfwörtern. An dem allgemeinen Lärm beteiligt sich auch die Tribüne, so daß Präsident Winkler sich genötigt sieht, die Sitzung zu unterbrechen und die öffentliche Tribüne räumen zu lassen. Während die Tribünenbesucher das Haus verlassen, höhen die Frauen Pluriele und Drohungen gegen die Landtagsabgeordneten aus. Im Saale dauert der Lärm fort, und es ist nahe daran, daß es zu Tätlichkeiten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten kommt.

1/2 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Abg. Beißke (Soz.) erklärt, daß die erwähnten Frauen ihn hätten sprechen wollen, er empfinde aber nur Parteiangelegenheiten. Die Frauen seien dann zu den Kommunisten gegangen. Er mache ein solches Theater nicht mit.

Abg. Wötcher (Komm.) bezeichnet es als niederträchtige Verleumdung, daß seine Fraktion Theater mache. Als er seinen Antrag begründete, hätten die Sozialdemokraten ein Indulgenzgebet erhoben. Wötcher protestiert gegen die Räumung der Tribüne. Die Besucher hätten sich im Rahmen der Ordnung des Hauses gehalten. (Widerpruch und Gelächter.) Das Haus tritt nun in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Die Kommunisten hatten am 16. Juni einen Antrag eingebracht auf Gewährung eines zinslosen

Darlehens an die produktive Spandorfer-Eisen- und Verkaufsgesellschaft „Spantorf“ in Lauter.

Der Haushaltsausschuss A schlägt die Ablehnung des Antrages vor, der indessen von den Kommunisten aufrecht erhalten wird. Die bisherige Hilfe der Regierung sei unzureichend.

Abg. Schürch (Soz.) erkennt die Not der Spandorferindustrie durchaus an. Bei der Annahme des Antrages würden aber alle anderen Gewerkschaften in derselben Weise behandelt werden müssen.

Der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt.

Der Haushaltsausschuss B hat zu Anträgen der Kommunisten und der Sozialdemokraten zur

#### Rolle der Erwerbslosen

Stellung genommen.

Abg. Köhler (Soz.) erhält den Ausschussbericht. Er schlägt vor, den kommunistischen Antrag, der nur assistenzähnliche Zwecke diene und unerfüllbare Hoffnungen erwecke, abzulehnen, den sozialdemokratischen Antrag aber in einer veränderten Fassung anzunehmen. Danach wird die Regierung beauftragt, beim Reich zu fordern:

1. Eine Verhärtung des gesetzlichen Schutzes gegen ungerechtfertigte und unbillige Entlassungen der Arbeitnehmer;
2. Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung;
3. Wiedereinführung der Kurzarbeiter-Unterstützung;
4. Einführung von erhöhten Mitteln für die produktive Erwerbslosenfürsorge;
5. auf die Reichsbahnverwaltung einzuwirken, um eine schnelle Fertigstellung der begonnenen Bahnhofs- und Eisenbahnbauten zu erreichen;
6. die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung für Jugendliche.

Durch landesgesetzliche Regelung soll bestimmt werden:

1. Das Arbeitsministerium zu veranlassen, die Betriebskollisionsverordnung in schärferer Weise zu handhaben, um willkürliche und vermeidbare Stilllegungen zu verhindern;
2. Verleihung weiterer Mittel für den Wohnungsbau;
3. beschleunigte Vergabe der in Aussicht genommenen Staatsdarlehen;
4. Einwirkung auf die Verwaltung der A.-G. Sächsische Werke, die in Rücksicht genommenen Aufträge baldigst und soweit als möglich an die sächsische Industrie und an das sächsische Gewerbe zu vergeben;

5. Unterstützung aller Maßnahmen, die zur Umstellung und Hebung der Wirtschaftlichkeit der Industrie geeignet und notwendig sind;

6. Vereinfachung von Krediten für Notstandsmaßnahmen der Gemeinden.

Abg. Kippe (D. Sp.) wendet sich gegen mehrere Punkte des Ausschussberichts, insbesondere gegen eine Verhärtung des gesetzlichen Schutzes bei ungerechtfertigten und unbilligen Entlassungen von Arbeitern und gegen eine schärfere Handhabung der Betriebskollisionsverordnung, auch gegen die Wiedereinführung der Kurzarbeiter-Unterstützung. Man solle in den Gefundungsproben der Wirtschaft nicht einreisen. Auch der Arbeiter solle sich den eisernen Gesetzen der Wirtschaft unterwerfen und die Arise mit überwinden helfen. Wenn ein Kurzarbeiter aber weniger beziehe als ein Erwerbsloser, solle ein Ausgleich erfolgen.

Abg. Hofmann (D.M.) stimmt im Namen seiner Fraktion den Ausführungen des Berichtes bei. Die Forderung auf Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung sei durch die Verschlechte des Reichsstandes erledigt. Gewarnt werden müsse die Regierung davor, einigen dem heutigen Beschlusse ohne Genehmigung des Landtages Anschaffungen zu machen. Dem würde sich seine Fraktion mit aller Bestimmtheit entgegenstellen.

Seine Fraktion würde gegebenenfalls vor einem zweiten Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister nicht zurückweichen.

Abg. Lieberich (Komm.) hält den Antrag seiner Fraktion in der Domnote aufrecht. In langen Ausführungen nimmt er Stellung gegen die heutige Geschäftsordnung und gegen die Sozialdemokraten.

Abg. Günther (Dem.) ist mit den schon vom Abg. Kippe bekämpften Punkten ebenfalls nicht einverstanden. Der ideellen Verwirklichung der begonnenen Bahnhofs- und Eisenbahnbauten solle die Regierung ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und in Berlin entsprechend vorstellig werden.

Abg. Kausch (Soz.) lehnt sich für die Annahme des Ausschussantrages in vollem Umfange ein. Dem Erwerbslosen liege nicht daran, ein Almosen zu bekommen, er verlange sein Recht auf Arbeit und Unterstützung.

1/2 Uhr wird gegen die Stimmen der Kommunisten ein Antrag auf Schluß der Aussprache angenommen.

Während des Schlußreferates des Abg. Köhler kommt es wieder zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Auch die Tribüne, die sich inzwischen wieder aufgestellt hat, mischt sich ein. Präsident Winkler droht, die Tribüne abermals räumen zu lassen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen und Mißtrauensanträgen wird die Abstimmung vorgenommen.

Teilweise gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktionen wird dem Ausschussantrag ausgesetzt.

Abg. Frau Hübner (Soz.) berichtet im Auftrage des Prüfungsausschusses über ein Gesetz des Reichstages über die Arbeitslosen und -witwen Deutschlands. (Wau Sachsin, um Gewährung einer

Wirtschafts- und Winterhilfe für Sozialrentner.

Die Berichterstatterin beantragt, das Gesetz teilweise auf sich beruhen zu lassen, teilweise der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. In Sachsen bezieht bereits eine gehobene Kategorie für Sozialrentner. Der vorliegende kommunalistische Mißtrauensantrag sei aus finanziellen Gründen undurchführbar. Er fordere 12 1/2 Millionen Goldmark.

Abg. Dr. Schmiede (Komm.) beantragt den Antrag, die Regierung zu erlauben, noch vor Weihnachten den Sozialrentnern eine Winterhilfe zu gewähren, die für Erwachsene 75 Mk. und für jedes Kind 10 Mk. beträgt.

Unter Ablehnung des kommunistischen Antrages, wird der Ausschussantrag angenommen.

(Bei Schluß des Vortrages dauert die Verhandlung fort.)

### Verliches und Sächsisches.

#### Notstandsmaßnahmen an Beamte u.w.

(N.) Die sächsische Regierung wird die erst kürzlich im erdhem Betrage zur Verfügung gestellten Unterhaltungs- mittel für Beamte u.w. erneut in einem Umfange erhöhen, der es gestattet, die den sächsischen Beamten ohnehin zugesagten Notstandsmaßnahmen in der selben Höhe zu gewähren, wie es nach dem letzten Beschlusse des Reichstages für die Reichsbeamten geschehen soll.

Durch vorstehende amtliche Meldung wird unsere Notiz im heutigen Morgenblatt bekräftigt.

#### Wahl der Versicherungsvertreter für die Ortskrankenkasse.

Wie uns vom Vorstände der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Dresden mitgeteilt wird, sind nach dem vorläufig festgestellten Ergebnis gestern bei der Wahl der Versicherungsvertreter zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Dresden abgegeben worden:

Für Liste 1 (nationale Arbeiter- und Angestellten-schaft) 268 Stimmen.

Für Liste 2 (freie Gewerkschaften A. d. G. B. und Ufa-Bund) 84 810 Stimmen.

Für Liste 3 (Klassenbewusste proletarische Kriegssopfer und Kassenmitglieder) 180 Stimmen.  
Für Liste 4 (Gewerkschaftsbund der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände) 798 Stimmen.  
Das endgültige Wahlergebnis wird noch bekanntgemacht.

#### Zur Sonntagsruhe im Friseurgewerbe.

Vom Vorkommnisse des sächsischen Handwerks wird uns geschrieben:

Durch die Dresdner Tageszeitungen ging in den letzten Tagen ein Bericht des Dresdner Friseurvereins, der die Sonntagsruhe im Friseurgewerbe auf das schärfste verurteilt und bedauert, daß die Gewerbeaufsicht sogar in Hotels und Privatwohnungen unterlag sei. Es müßte denjenigen Haarformern (!), die dazu bereit seien, an Sonntagen wenigstens während einiger Stunden gestattet sein, in ihren Geschäftsräumen den Beruf auszuüben.

Wie uns von der Friseur- und Haarformervereinigung zu Dresden mitgeteilt wird, hat dieser Bericht des Friseurvereins in den beteiligten Berufsstellen großes Aufsehen erregt, zumal die Einführung der Sonntagsruhe bei der endgültigen Abstimmung mit großer Mehrheit aller beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschlossen worden ist. Die Gründe besonders sozialer und kultureller Natur für die volle Sonntagsruhe sind genaugen bekannt. Sie haben bewirkt, daß die früher zahlreichen Gewerkschaften in den letzten zwei Jahren völlig umgekehrt haben. Die Bewegung kann heute nicht mehr aufgehalten werden. Diefert hat das sächsische Friseurgewerbe mit überwiegender Mehrheit bei der Regierung beantragt, die Sonntagsruhe für ganz Sachsen durchzuführen. Ein Einreisen ist allerdings bisher noch nicht erfolgt. Unverhätlich ist der Vorstoß des Friseurvereins, daß nur einige Geschäftsinhaber das Privileg erhalten sollen, das Fremdenpublikum in Hotels und Privatwohnungen zu bedienen. Dieser Vorstoß ist im Interesse des Gesamtberufes von vornherein grundsätzlich abzulehnen. Bedauerlich ist jedenfalls, daß der Friseurverein sich nicht vorher mit der Friseur- und Haarformervereinigung in Einvernehmen gefestigt hat. Es konnte dann die inzwischen einsetzende unntige Erregung in den Berufsstellen vermieden werden.

\* Veränderungen in Richterstellen. Vom 16. Dezember ab ist Amtsgerichtsrat Dr. Hermann beim Amtsgericht Falkenstein zum Amtsgericht Chemnitz versetzt worden, an seine Stelle tritt beim Amtsgericht Falkenstein der bisherige Verlagsassessor beim Amtsgericht Dresden Dr. Reinhold Voigt. Außerdem wird vom gleichen Tage ab Verlagsassessor Dr. Walter Böttger aus Dresden dem Amtsgericht Falkenstein als Hilfsrichter beigeordnet.

\* Postdienst am 20. und 21. Dezember. Nächsten Sonntag sind die Poststellen der Postanstalten in Dresden von 8 bis 9 Uhr vormittags und 12 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet. Die Paketabgabe beim Postamt 1 wird von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags offen gehalten. Die Paketabgabe wird wie an Werktagen ausgeführt. — Am Donnerstag, dem 24. Dezember, werden bei den Postanstalten, wie in den Vorjahren, Dienstbeschränkungen im Verkehr mit dem Publikum vorgenommen. U. a. werden die Postämter im allgemeinen nur bis 4 Uhr nachmittags offen gehalten. Im Telegramm- und Fernsprechnetz treten keine Beschränkungen ein.

\* Die Arbeiterkassensparbanken können zu Weihnachten bereits am 23. Dezember, also am Tage vor Heiligabend, geöffnet werden oder am Heiligabend selbst und gelten zur Fahrt nach dem Wohnorte der Angehörigen bis zum Montag, dem 28. Dezember, einschließlich, zur Rückfahrt nach dem Arbeitsorte.

#### Schwurgericht.

In geheimer Sitzung verhandelte das Schwurgericht Dresden gegen den 21 Jahre alten Maurer Paul Ewald Streit aus Oberoderwitz wegen Raubmordes. Nach der Anklage, vertreten durch Staatsanwalt Lange, wurde Streit beschuldigt, am 27. Juni vor dem Amtsgericht Radeberg in einer Unterhaltungsstunde der Wahrheit zugewidert zu haben, daß er mit der fraglichen Raubmörderin seinen näheren Verkehr gehabt habe. Der Angeklagte wurde des Raubmordes für schuldig befunden, aber nach § 157 des St.G.B. zu vier Monaten und fünfzehn Tagen Gefängnis verurteilt.



### Kunst und Wissenschaft.

\* Mitteilung der Sächsischen Staatsoper. Schauspielhaus. Sonnabend, den 19. Dezember. (Anrecht-reiche B) wird Schafers Lustspiel „Wie es euch geht“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Zum ersten Male spielen: Walter Kottenkamp (Der verbannte Herzog); Heinz Wecker (Jakob); Wilhelm Wallen (Orlando); Hans Derber (Hilf); Wilhelm). In den übrigen Hauptrollen spielen: Rudolf Schröder (Herzog Friedrich); Maria Mix (Gelia); Jenny Schaffer (Rosalinde); Alexis Volle (Protheus); Erich Bonto (Jaques); Walter Medke (Clibber de Bond); Adolf Müller (Corinnus); Martin Heiberg (Zilius); Gisela Jibet (Höbe); Vette Brunner (Räthin). Spielleitung: Alfred Fleuder. Anfang 8 1/2 Uhr.

\* Mitteilung des Reichstheater. Am Sonntag, dem 20. Dezember 1925, findet bei ermäßigten Preisen eine Sondervorstellung der „Chocolate Riddle“ vormittags 11 Uhr mit ungekürztem Programm statt. Abends 8 1/2 Uhr findet die Oper „Der Kaiser von Chocolate Riddle“ statt. Bis mit Mittwoch, den 23. Dezember, geht das Märchen „An Waldmännchens Reich“ Sonnabend, Sonntag und Mittwoch nachmittags 4 1/2 Uhr in Szene. Ab 1. Weihnachtstag bis mit 8. Januar 1926 wird das Märchen jeden Sonntag mit kleinen Preisen aufgeführt. — Mittwoch, den 23. Dezember 1925, beginnt das 2. Teil des Theater an der Wien, Wien, Theater des Westens und Metropol-Theater Berlin, ihr Gastspiel in der Erkaufung der armen Ausstattungsoperette „Der Celso“ von Bruno Granichschanz. In Szene gesetzt wird die vollständig neu angeordnete Operette von Josef Wolf. Musikleitung Heinrich Kunz-Kranz. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Grete Brill, Cito Marx, Cito Meier, Wllo Karl, Carl Siffert. Für diese Operette ist die Jazz-Sängerin Dana Peter Garpari engagiert, die im Erbacher und auf der Bühne mitwirkt und während der Saison im Foyer des Theaters spielt.

\* Central-Theater. Auf vielseitigen Wunsch des Publikums beginnt am Freitag, den 18. Dezember, die Vorstellung des Kaiserlichen Hoftheaters „Athena“ mit 8 1/2 Uhr um 8 Uhr.

\* Kleine Musiknachrichten. In der Stadtkirche zu Pulsnitz wird zur Christnacht das neue Werk Erik Saties, des verdienstvollen Komponisten zu Weisen, aufgeführt. „Nacht, ihr Dämmer“, Opus 45, ist ein feinsinniges, fantasievolles gearbeitetes Chor, der dem W. G. F. „Fiederhahn“ und seinem Vater Arthur Doppe, der die Aufführung leitete, gewidmet ist.

\* Konzert. Nach langer Zeit sah man wieder einmal einen vollen Saal (Walmenparken). Emil von Sauer spielte. Seine Auswahl führte von Haydn, Beethoven zu Mendelssohn, Schumann, Chopin und Liszt. Auch war der Künstler mit Werken aus eigener Feder vertreten. Ueber die Virtuosität seines Spiels ist ebenfalls wenig Neues zu sagen wie über sein hart persönliches Musikertum. Beethovens

C-Dur-Sonate (Werk 100) mit ihren Stimmungsgegenständen und den wunderbaren Andante-Variationen im letzten Satz löste heftige Begeisterung aus. Mit beispielloser Klarheit kam das C-Dur-Präludium von Mendelssohn. Aber das Staunen über schwer zu überbietendes Können steigerte sich bei den in hochfeiner Ausführung gebotenen Sätzen von Schumann „Des Abends“, „Barum?“ Die in fabelhaftem Tempo genommene C-Dur-Tokkata verblüffte durch die Leichtigkeit des Handgelenksaufschlags. Und die Eleganz, mit der Sauer Chopin nachbildete, Etüden und Walzer, Nocturne und Polonaise in Schattierungen mit bekräftendem Reize. Die Hörerschaft ging tapfer mit und ließ es an Beweisen geradezu stürmischer Begeisterung nicht fehlen. Was hand am Schluß mit Petrarcas-Sonett (C-Dur) und Tarantella. Von Sauer s Kompositionen gefiel das C-Dur-Weber durch melodischen Gehalt, formale Gestaltung und Wohlklang des Satzes. Die Orlan-Flöte (C-Dur) kam blendend. War an gern hätte man es gemocht, daß die ganz reizende „Spieluhr“ mit ihren Klangfarben nicht ein zweites Mal aufgezogen worden wäre. Charakteristisches Gepräge zeigt die Konzertvolka (böhmisch), durchweg Virtuosenaufgaben dankbarster Art, die bei rechter Auffassung ihrer Wirkung sicher sind. Ohne Zweifel ein Abend, der sich sehr hoch über den Durchschnitt erhob.

\* Eintragskonzert des Vereins Volkshilfe. Ein würdiges Programm besorgte Eduard Bürste seinen Hörern am Geburtsfest Beethovens. An der Spitze stand die zweite Violoncello-Quartette, die in den Ausmaßen und im thematischen Material schon die größte, die dritte, ahnen läßt. Dann der Vielerkreis „An die ferne Geliebte“. Eine gefürchtete Aufgabe, die jedem Sänger, der Stil und Stimme nicht voll beherrscht, unfehlbar mißlingt, die aber der Tenor Bruce Benjamin in seinem weichen, dunkelgezeichneten, wenn auch nicht mehr ganz jugendlichen Organ, das jeder feinsten Regung willig gehorcht, reiflos erfüllte. Nicht endenwollenden Weisheit dankte er mit des gleichen Meisters Lied „Die Dämmerung rühmt den ewigen Gott“. Dann gab es als Parodie die „Waldinger Länze“, gespielt von einem „Badeorchester“ von Solisten in der originalen Besetzung, nur daß Flöten und Klarinetten nicht abwechselnd von denselben, sondern von verschiedenen Musikern geblasen wurden. Musik aus der Zeit der Missa solennis und doch völlig zweckgemäß, zugleich aber von feinsten Arbeit und voll Humor. Wie reizend die Stelle, wo die beiden Klarinetten einander überfallen oder komisch medernde Vorwürfe einander werfen! Aber auch die Wiedergabe lieh an Echtheit nichts zu wünschen übrig. Obgleich wäre es gewesen, wenn an Stelle des Dirigenten der Erste Geiger ge-

standen hätte. Die Eroica zum Schluß, das Siegeslied des Feldens, der die Pforten einer neuen symphonischen Welt aufreißt. Es-Dur — bei Beethoven die Tonart des Ueberwinders, wie bei den meisten Nummern dieses Geburtsfestprogramms. Mit Hingabe des ganzen Menschen waren Dirigent und Orchester bei ihrer Aufgabe, der Beifall ging in hohen Bogen. Und dieses Orchester soll eingehen! Man kann es nicht glauben, daß der Rat selbst durch Nichtbeachtung der bisherigen Unterhaltungs die Zahl der brotlosen Künstler vermehren will. Man hört's aber auch anders. Wägen die Verantwortlichen zusehen, daß sich die Angelegenheit nicht zu einem doppelten Schaden für den künstlerischen Ruf unserer Stadt auswehlt.

\* Für Franz Schuberts Rechte. Der Sächsische Künstlerhilfsbund bietet um Verbreitung folgenden Auftrages: Die 80jährige Frau Emma Prohaska geb. Schubert lebt in Wien in bitterster Not. Die Greisin ist die einzige noch lebende weibliche Rechte des berühmten Komponisten Franz Schubert, die Tochter seines Bruders, des Kapellmeisters Ferdinand Schubert, in dessen Armen der Meister am 19. November 1828 verstarb. Diese Tatsachen, deren Echtheit auf Veranlassung des Sächsischen Künstlerhilfsbundes, an den sich Frau Emma Prohaska gewandt hatte, durch die deutsche Gesandtschaft in Wien amtlich geurteilt worden sind, dürften sicher für die vielen Verehrer des unsterblichen Meisters Franz Schubert Veranlassung bieten, den Sächsischen Künstlerhilfsbund augenblicklich einer „Franz-Schubert-Spende“ einberufen zu kommen zu lassen. Der S. K. H. B. möchte nämlich die alte Dame — und zwar rückwirkend vom 1. Dezember d. J. ab — eine monatliche feste Rente vermitteln. Er eröffnet hiermit die Sammlung mit der Meinung von 100 Mk. und bittet, alle Zuwendungen unter dem Stichwort „Franz-Schubert-Spende“, an eine der nachstehenden Konten zu überweisen: Bankkonto: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Abteilung Dresden; Konto: Sächs. Künstlerhilfsbund, oder Post-scheckkonto: Dresden 21210 — Sächsischer Künstlerhilfsbund — Dresden.

\* Gesamtabbau des Berliner Theatervereins. Der Verband der Berliner Bühnenleiter hat in seiner letzten außerordentlichen Mitteilerversammlung beschlossen, in Betracht der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage, die sich naturgemäß besonders auf dem Gebiete des Theaterbetriebs auswirkt, einen Gesamtabbau der Theaterbetriebe herbeizuführen. Dieser Abbau soll sich auf sämtliche Zweige des Theaterbetriebs, insbesondere auf Miete, Publikumsförderung, Bekleidung, Ausstattungswesen, Szenen und Gebälge (die beiden letzteren von einer bestimmten Höhe an) erstrecken. Der Verband bemerkt dazu, die auf eine Entspaltung des gesamten







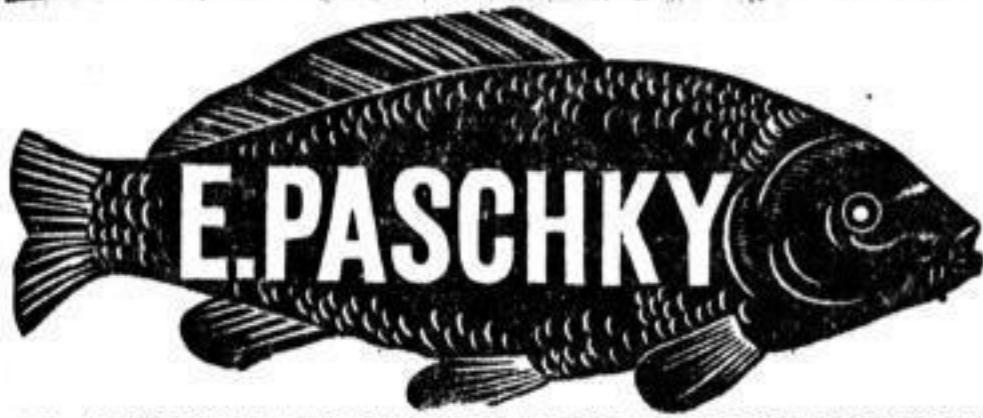
# Teppiche

In großer Auswahl zu äußerst günstigen Preisen:

Bettvorlagen in allen Preislagen  
Diwan- u. Tischdecken Plüsch und Gobelin  
Felle besonders preiswert

# Gebr. Ringke

An der Kreuzkirche 1b



## E. PASCHKY

**Echte Delikatessen** Nur allererste Qualitäten in feinstem, reinem Olivenöl! Zu jeder Dose ein Schlüssel!

1/2 Dose „Andrée“ ohne Gräten, etwa 8/10 Fische 100	1/2 Dose „Giney“ 8/10 Fische, 100
1/2 Dose „Rice“ 30/35 Fische, 280	1/2 Dose „Veroug“ 8/10 90
1/2 Dose „La Rose“ 28/30 300	1/2 Dose „La Rose“ 7/9 70
1/2 Dose „Alhambra“ 30/35 330	1/2 Dose „Andrée“ 4/6 60
1/2 Dose „Rice“ 12/14 140	1/2 Dose „m. Tomaten“ 5/7 55
1/2 Dose „Gilet“ 12/14 140	1/2 Dose „30 mm Club“ 4/6 45
1/2 Dose „Alhambra“ 12/14 175	1/2 Dose „Port.-Dose“ 4/5 30
1/2 Dose „Gilet“ 6/8 100	

1/2 Dose 30 mm Club Rose d'Or etwa 5/8 Fische 55

H. Norweger in Olivenöl 1/4 Dose ca. 180 gr 45

**Filetheringe in Mayonnaise** 1/4 Dose 140

**Filetheringe in Weißwein** 1/4 Dose 85

**Gabelbissen in Mayonnaise** 1/4 Dose 85

**Rollmops in Mayonnaise** 1/2 Liter-Dose 150

**1/2 Liter-Dose 80**

**la Bratheringe** 1/2 Pfd. 30

2-Liter-Dose 1.60, 1-Liter-Dose 1.-

**Bratheringe ohne Kopf** 1/2 Pfd. 40

hohe ovale Dose, ca. 700 gr schwer, 90

**Frühhering in Gelee** 1/2 Pfd. 35

2-Pfd.-Dose 1.25, 1-Pfd.-Dose 70

Aus Brabanter Sardellen und reiner Tafelbutter zubereitete

**Sardellen-Butter** 1/2 Tube 75

1/2 Tube 40

**la Russischer Kaviar: Gebruga Maloffol**

Dosen mit netto 200 gr A 14.-, netto 100 gr A 7.50, netto 50 gr A 4.-

In allerfeinster Räucherung besonders preiswert:

Große und mittelgroße **Speck-Wale** Bund 4.-

H. geräuch. **Stuß-Lachs** 1/4 Pfd. 95



### Froströte Frostbeulen

schreiben...  
Schreibmappen...  
Dr. Sch...  
Handarbeit...  
Werkstätten...  
THOMAS...  
Vorbereitung...  
nur im Hofe.

## Unser Weihnachts-Angebot!

Beachten Sie bitte Preise und Qualität!

Kaffeeservice, mod. Dek. ab 8.75	Wringmaschinen, 2 Halb. 17.50
Speiseservice für 12 Personen 48.00	Washmaschinen 58.00
Porzellan, mit Goldrand 60.00	Bohrerbüsten, Spezial 8.00
mit Silber 85.00	Teppichschermaschinen 11.50
mit Weiss 85.00	Messerputzmaschinen 8.75
Küchengeräte, Zilg., Porzellan 17.50	Salenkohlenkästen 5.50

Wandkaffeemühle Leinbrock 5.50  
Tafelwagen, 5 kg 9.75, 1 kg 19.50  
Gas-Kocher, zwelffnüchig 11.50  
Gas- und Beizsp. Stöbe 4.75  
Spiritus- u. elektr. Beheizungen

Sollinger Stahlwaren  
Gendgesehener 4.75, 5.00  
Butter- und Käsebesteck 5.45  
Obstmesser Degend 18.00  
Tortenheber 2 Stk. 1.75  
Tortebäcker, in Ausführung 8.75

Enamel-Bratpfannen Sonderpreise ca. 200 Stk 6.75, 7.50, 8.00, 11.50

Größte Auswahl in  
Kupfer, Messing 2 1/2, 12.50, 9.50  
In Stahlstahl 8.75, 8.85  
Vasen 7.50, 8.25  
Neu- und  
Sonderstücke 2.50, 17.50  
Tellergerätschaften 45.00

Bier-, Wein-, Likörflaschen und Services  
Bei Annehmung Zurückzahlung bereitwillig!

**Sächs. Haus- und Küchengeräte-Magazin**  
Frauenstraße 5 Kahlenberg & Hoffmann Frauenstraße 8

**la Bratheringe** 1/2 Pfd. 30

2-Liter-Dose 1.60, 1-Liter-Dose 1.-

**Bratheringe ohne Kopf** 1/2 Pfd. 40

hohe ovale Dose, ca. 700 gr schwer, 90

**Frühhering in Gelee** 1/2 Pfd. 35

2-Pfd.-Dose 1.25, 1-Pfd.-Dose 70

Aus Brabanter Sardellen und reiner Tafelbutter zubereitete

**Sardellen-Butter** 1/2 Tube 75

1/2 Tube 40

**la Russischer Kaviar: Gebruga Maloffol**

Dosen mit netto 200 gr A 14.-, netto 100 gr A 7.50, netto 50 gr A 4.-

In allerfeinster Räucherung besonders preiswert:

Große und mittelgroße **Speck-Wale** Bund 4.-

H. geräuch. **Stuß-Lachs** 1/4 Pfd. 95



### Gas-Heizöfen Gas-Herde Gas-Kocher

außerordentlich preiswert  
**Chr. Garmis**  
Inh. W. Eckardt - Fernsp. 10 93  
Br. Zwingerstraße 13 (Nähe Postplatz)  
Fachgeschäft für Öfen und Herde



Unübertrefflich sind Schokolade Pralinen

Zu haben in allen einschlägigen Konfektoren-Geschäften

Ein Wein am Tische locker  
Über ihn's der Sitz des Godes,  
Bricht's beim Schaufelwerk vom Stinde  
Über an der Tür vom Spinde,  
Reißt der Suppe gar der Kopf  
Über lei's auch nur der Schopf,  
Weißt der alte Stuhl in Stude  
Durch Setzen und durch Schicksals Lude.  
Was und Wie ist einerlei:  
Bring nur Viton-Wein herbei.

„Pitan“-Haushalt-Leim, hergestellt von der Chem. Fabrik „Pitan“, Dresden-Böhlan, ist in allen besseren Drogerien und den Verkaufsstellen der Zweit-Flies zu haben.

Das beliebte Festgericht!

## Coburger Kochschinken

mit, hart und fettig, Pfund 3.00 u.  
in Größen von 5-10 Pfund

Denselben Schinken auch in Dosen  
ohne Knochen, zum Kalb- und Wurstessen gleich verwendbar,  
im Gemisch von 4-1. Pfund  
empfehlen

**Markert & Petzold,**  
nur Seestraße 3.

## Pelze

10% herabgesetzte Preise.  
Kragen, Fäuche, Mäntel, Pelze,  
Jacken und Mäntel, Geh- und Sportpelze.  
**W. Marquardt, Kürschnerstr.**  
Wladimirstr. 27, 2. Etage  
im Gefolge-Bauwerk (kein Gebäu).

## Pelzjacken

von Mark 150.- in weiterer großer Auswahl

**Emil Wünscher,**  
Oogr. 1205 Frauenstraße 11 Nahe Neumarkt

### Elektrische Christbaumbeleuchtung,

jedes Jahr wieder verwendbar, daher billiger als Kerzen.  
Garam-Haus Ruhland & Co.,  
Bismarckstr. 12, Schöneberg-Bezirk.

### So wohl und munter? — Spaß!

Wir essen Dr. Fromms Vitamark, das ist aufgespeicherte wertige  
Landluft. Es schmeckt und vor allem: Es bekommt uns, wie Sie sehen!  
Barnet, Webergasse, Wehmeyer, Krenzendorfer Straße,  
Vieweg, Weiße Gasse, Mitschka, Böhlan.

## EMIL ECKERT

Hofgoldschmied  
Moritzstraße 6, gegenüber dem Löwenbräu  
Gegründet 1838, Fernsprecher 29071  
Juwelen / Gold- u. Silberschmuck / Künstlerischer  
Schmuck von Johannes Eckert / Silberne Bestecke  
und Tafelgeräde / Zinn nach antiken Vorbildern.

## KAFFEE

Ehrig & Kürbiss  
M. 3.20, 3.60, 4.-, 4.40, 4.80 p.Pfd.  
**NUR WEBERGASSE 8**

## Korbmöbel

sind das schönste und praktische  
**Weihnachtsgeschenk!**  
Garnituren, auch einzelne Stühle,  
Größe Auswahl in allen Körben für den Haushalt  
Luxuskörben, Präsent- und Filzkörbe,  
Handkörbe, Aktentische 6.-, 7.-, 8.-, 9.- Mk.  
Überzeugen Sie sich durch Ihren Besuch  
von meinen günstigen Preisen.

**Rudolf Kämpfe,** Korbmöbel-  
Spezialgeschäft,  
Dresden, Levetzstraße 7 - Tel. 11056.

## Silber

90% Auflage  
per Dutzend M.  
Kaffeelöffel 18.-  
Löffel 20.-  
Eggen 22.-  
Eggen 24.-  
mit Hirschschlinge  
**Alpaka**  
per Dutzend M.  
per Dutzend M.  
Kaffeelöffel 7.-  
Löffel 14.-  
Eggen 14.-  
Eggen 22.40

**Max Grundig,** Dresden-Neust.,  
Scheibengasse 10, 11. Etage, Oogr. 1071

## TEE

Ehrig & Kürbiss  
LETZTER ERNTE  
AUSERLESENE QUALITÄTEN  
**NUR WEBERGASSE 8**

